

# Protokoll

## 1. Sitzung des 32. Studierendenparlamentes am 11.11.2024

Senatssaal, Unter den Linden 6, 10099 Berlin

Beginn: 18:30 Uhr

Ende: 22:07 Uhr

*Abstimmungs- und Wahlergebnisse in der Form: ja / nein / Enthaltungen (/ Ungültige)*

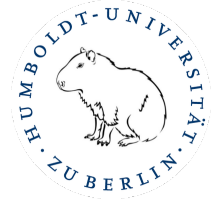
Abkürzungen der Listennamen:

LiLi:	Linke Liste an der HU – LiLi
Grünboldt:	Grünboldt
Juso:	JuSo-Hochschulgruppe
OLKS:	OLKS Offene Liste Kritischer Studierender
IYSSE:	IYSSE
qf:	queerfeministische Liste
LHG:	Liberale Hochschulgruppe
RCDS:	RCDS – Einfach. Normal. Studieren.
Pendler*innen:	Die Pendler:innen – Wir fahren ein!
ZfgU:	ZfgU – Zeit für gute Uni
eu3T:	ewig und 3 Tage – Langzeitprojekte

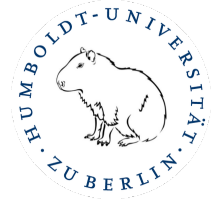
Weitere Abkürzungen siehe <https://www.refrat.de/fako.infos.html#a6251>

### Tagesordnung/Inhaltsverzeichnis

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung .....	3
1.1. Dringlichkeitsbeschlüsse gem. § 5 Abs. 3 StuPa-GO.....	3
1.2. Festlegung der Tagesordnung.....	3
2. Bestätigung des Protokolls der siebten Sitzung des 31. StuPa vom 08.02.2024	3
3. Mitteilungen und Berichte I .....	3
3.1. Bericht des Präsidiums .....	3
4. Wahlen und Bestätigungen I.....	3
4.1. Wahl des Präsidiums .....	4
4.2. Auslosung des Haushaltsausschusses .....	4
5. Anträge I.....	4
5.1. SP-31/78 Verurteilung des Angriffs auf die Wissenschaftsfreiheit durch das Bundesbildungsministerium (IYSSE) .....	4
5.2. SP-32/01 Quotierung der Redeliste (Grünboldt) .....	6
5.3. SP-32/02 Änderung der StuPa-GO ((ex-)Präsidium) .....	6
6. Mitteilungen und Berichte II .....	8
6.1. Berichte der Referate .....	8



Referat für Lehre und Studium .....	8
Referat für Hochschulpolitik .....	9
Referat für Öffentlichkeitsarbeit.....	10
Referat für Ökologie und Umweltschutz .....	11
Referat für politisches Mandat und Datenschutz.....	11
Referat für Soziales .....	11
Referat für Antifaschismus.....	12
Referat für Queerfeminismus .....	12
Referat für LGBTI* .....	13
Referat für Publikation .....	13
Referat für Finanzen .....	14
Referat für Studierende mit Kind .....	14
Referat für Antirassismus .....	14
Referat für Internationales.....	14
Referat für Fachschaftscoordination .....	15
Referat für Kultur .....	15
Diskussion und Fragen .....	16
6.2. Weitere Berichte .....	16
7. Wahlen und Bestätigungen II .....	16
7.1. Referat für Finanzen (Wahl) .....	16
7.2. Referat für Lehre und Studium (Wahl) .....	17
7.3. Referat für Soziales (Wahl) .....	17
7.4. Referat für Hochschulpolitik (Wahl) .....	17
7.5. Referat für Ökologie und Umweltschutz (Wahl) .....	17
7.6. Referat für Politisches Mandat und Datenschutz (Wahl) .....	17
7.7. Referat für Kultur (Wahl) .....	18
7.8. Referat für Antifaschismus (Wahl) .....	18
7.9. Referat für queer_feminismus (Bestätigung).....	18
7.10. Referat für Studierende mit Kind(ern) (Bestätigung).....	18
7.11. Sprecher*in des RefRats (Wahl).....	18
8. Anträge .....	19
8.1. SP-32/01 2. Nachtragshaushalt 2024 (Finanzen).....	19



8.2. SP-32/04 Haushalt 2025 (Finanzen) .....	19
8.3. SP-32/05 Aussetzung des SozFonds-Beitrags (Finanzen).....	19
8.4. SP-32/06 Nextbike (RefRat) .....	20
8.5. SP-32/07 Änderung der Stud-WO (StudWV) .....	21
8.6. SP-32/08 Anerkennung als Initiative: Refugee Law Clinic .....	21
8.7. SP-32/09 Missbilligung und Aufforderung zum Rücktritt eines Honorarprofessors (HoPo, Antifa, LGBTI).....	22
<del>8.8. SP-31/79 Endlich umsetzen: Eichhörnchen (Grünboldt, Linke Liste) .....</del>	<del>23</del>
9. Sonstiges .....	23

## 1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung

**Sanni (Präsidium)** eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und das StuPa beschlussfähig ist.

- ⇒ Wir weisen darauf hin, dass der Raum sauber hinterlassen wird und dass es mehre Pausen geben wird zum Trinken und Essen, da es hier im Raum verboten ist.
- ⇒ Die Tische bitte für Parlamentarier\*innen verfügbar machen.
- ⇒ Bitte daran denken beim Check-In vorbei zu schauen, damit Stimm- und Rederechte geklärt werden können.

### 1.1. Dringlichkeitsbeschlüsse gem. § 5 Abs. 3 StuPa-GO

Keine

### 1.2. Festlegung der Tagesordnung

Keine Anträge zur Tagesordnung. Tagesordnung in vorgeschlagener Form angenommen.

## 2. Bestätigung des Protokolls der [siebten Sitzung](#) des 31. StuPa vom 08.02.2024

Abstimmung: viele/0/0 → **Ergebnis** einstimmig

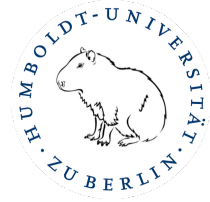
## 3. Mitteilungen und Berichte I

### 3.1. Bericht des Präsidiums

Bericht wird von **Diaga (Präsidium)** vorgetragen. Es wird auch über ausgeschiedene und zurückgetretene Referent\*innen und StuPa-Mitglieder informiert.

## 4. Wahlen und Bestätigungen I

Wahlausschuss: **Ali (LiLi), Hanna (Grünboldt), Lars (LiLi), Luca (OLKS)**



Keine Einwände also yeehaw, ihr seid's!

#### 4.1. Wahl des Präsidiums

Kandidaturen von **Benni (LiLi)**, **Sanni (LiLi)**, **Lili (Grünboldt)**, **Dario (Grünboldt)**, **Alena (OLKS)**, **Thekla (Juso)**. Die Kandidat\*innen stellen sich vor.

Fragen: keine

Wahl muss wiederholt werden aufgrund fehlerhafter Angaben aus dem bisherigen Präsidium.

Wahl:

Abgegebene Stimmen: 49, ungültig: 0

Name	Ja	Ergebnis
Benni	39	gewählt
Sanni	39	gewählt
Dario	36	gewählt
Lili	36	gewählt
Alena	36	gewählt
Thekla	10	Nicht gewählt

Alle Gewählten nehmen die Wahl an.

#### 4.2. Auslosung des Haushaltsausschusses

**Felix (Präsidium)** gibt die Möglichkeit, zu überprüfen dass alle Listen in die Urne gegeben wurden. Felix zieht drei Listen.

Haushaltsausschuss: ewig und 3 tage, RCDS, Zeit für gute Uni

RCDS und ewig und 3 Tage nehmen das Los an, Zeit für gute Uni wird schriftlich nach der Annahme gefragt.

*Pause von 10 Minuten.*

### 5. Anträge I

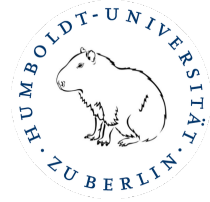
#### 5.1. **SP-31/78 Verurteilung des Angriffs auf die Wissenschaftsfreiheit durch das Bundesbildungsministerium (IYSSE)**

Antrag wird vorgestellt durch **Tamino (IYSSE)**

#### **Fragen/Diskussion:**

**Ali (LiLi) und Susi (LiLi)** bringen den ÄA, der bereits letztes Mal eingebracht wurde, noch einmal ein. Die Begründung des letzten Males gilt weiterhin und wurde aktualisiert. Das

Abdanken von Stark-Watzinger wurde mitaufgenommen. Vollständige Aufklärung ist weiterhin gewünscht.



Die Antragsteller\*innen übernehmen den Antrag.

### **Abstimmung: viele/3/5 → angenommen**

#### Beschlusstext:

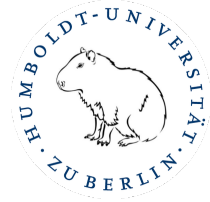
Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin hat beschlossen:

Das Studierendenparlament verurteilt die Einschüchterungsversuche des Bundesbildungsministeriums gegen die Unterzeichnenden des offenen Briefs „Statement von Lehrenden an Berliner Universitäten“[1]. Der Brief verurteilt die Polizeigewalt gegen Studierende an der FU Berlin, die friedlich gegen das Vorgehen der israelischen Regierung in Gaza protestierten.

Auch wenn bisher keine Fördermittel gekürzt wurden, dient allein schon die Prüfung dessen und die Diskussion darüber der Disziplinierung der Betroffenen. Bereits der Anschein, dass politische Meinungsäußerungen staatlich sanktioniert zum Entzug der Grundlagen wissenschaftlicher Arbeit führen können, führt zu einem einschüchternden Effekt in den Universitäten. Während kritische Studierende brutal angegriffen werden, soll Kritik an diesem Vorgehen mundtot gemacht werden. Um die betroffenen Wissenschaftler\*innen selbst zu zitieren: "Repressive Überprüfungen von Wissenschaftler:innen, die ihre kritische Haltung zu politischen Entscheidungen öffentlich machen, sind aus autoritären Regimen bekannt, die eine freie Diskussion auch an Universitäten systematisch behindern." [2] Wir als Studierende stehen statusgruppenübergreifend solidarisch an der Seite der betroffenen Dozierenden.

Das Vertrauen von Forschenden, Lehrenden, Studierenden und anderen Mitgliedern unserer Universitäten und Hochschulen in dieses von Bettina Stark Watzinger geführte Bundesministerium für Bildung und Forschung ist dadurch irreparabel beschädigt. Zwar ist seit dem Öffentlich-Werden des ursprünglichen Prüfauftrags inzwischen einiges an Zeit vergangen, aufgeklärt hat sich inzwischen aber kaum etwas. Die ehemalige Staatssekretärin Sabine Döring darf weiterhin - gerichtlich bestätigt - nicht aussagen und die Ministerin hält die Affäre für abgeschlossen [3]. Aber ganz im Gegenteil: Nach den weiteren Enthüllungen um Chat-Nachrichten von Abteilungsleiter Roland Philipi [4] wird das gebrochene Vertrauen zwischen Wissenschaft und Bundesministerium durch seine Ernennung zum neuen Staatssekretär weiter zerstört.

Das Studierendenparlament fordert deshalb die sofortige Beendigung sämtlicher staatlicher Drohungen gegen Dozierende, ein Verbot von Polizeieinsätzen auf dem Campus und ein Ende jeglicher Repression gegen kritische Studierende. Das Studierendenparlament begrüßt den Rücktritt der Bundesministerin für Wissenschaft und Forschung und fordert das BMBF in der kommenden Zusammensetzung auf, die Vorgänge der letzten Monate vollumfänglich aufzuklären. Hierfür ist auch eine Aufhebung des Äußerungsverbots für die ehemalige Staatssekretärin Sabine Döring unausweichlich.



## **5.2. SP-32/01 Quotierung der Redeliste (Grünboldt)**

Antrag wird vorgestellt durch Hanna (Grünboldt)

### **Fragen/Diskussion:**

**Thekla (Juso-Hochschulgruppe)** teilt die Analyse, möchte aber Quotierung miteinbeziehen, da die meisten Beiträge von männlich gelesenen Personen. Thekla reicht einen Änderungsantrag ein.

**Hanna (Grünboldt)** stimmt zu, aber kritisiert, dass Quotierung einen Zwang, sich zu kategorisieren, was wiederum Zwangsausings bedeutet, auslösen kann. Hanna sagt, im vergangenen StuPa haben die Jusos den von ihnen eingereichten Antrag unterstützt, worum Hanna erneut bittet.

**Abstimmung ÄA: 5 /viele/1**

**Abstimmung über den ursprünglichen Antrag: 36/3/7 → angenommen**

### Beschlusstext:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin hat beschlossen:

1. **Balancierte Redelisten:** Das 32. StuPa möchte dominantem Redeverhalten insbesondere von Menschen in (auch informellen) Machtpositionen und Männern entgegenwirken. Das StuPa beschließt daher für die heutige Sitzung und alle kommenden Sitzungen der 32. Sitzungsperiode eine balancierte Besetzung der Redelisten. Dies bedeutet, dass Erstredner\*innen konsequent vorgezogen werden und erst, wenn keine Erstredner\*in mehr sprechen möchte, Zweitredner\*innen das Wort erteilt wird. Drittreder\*innen kommen demnach erst zur Sprache, wenn es keine Erst- oder Zweitredner\*innen mehr gibt usw.
2. **Begrenzung der Redemöglichkeit:** Das StuPa beschließt zur Vermeidung von sich in die Länge ziehenden Debatten zudem eine Begrenzung der Redemöglichkeit für jede Person auf drei Mal während einer Debatte. Diese Begrenzung kann auf Antrag aufgehoben werden.
3. **Umsetzung:** Mit der Umsetzung und der Erarbeitung eines Verfahrens wird das StuPa-Präsidium beauftragt.

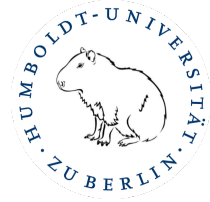
## **5.3. SP-32/02 Änderung der StuPa-GO ((ex-)Präsidium)**

Antrag wird vorgestellt durch das ehemalige Präsidium

### **Fragen/Diskussion:**

keine

**Abstimmung: 47/0/0 → angenommen**

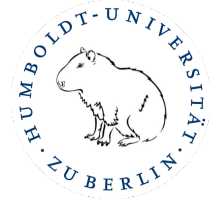


### Beschlusstext:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin hat beschlossen:

#### 1. Die Geschäftsordnung des Studierendenparlaments wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2: Ersetze „durch Aushang“ durch „auf der Website des Studierendenparlaments“.
2. In § 2 Abs. 4: Füge nach Satz 1 ein: „Das Präsidium informiert die Mitglieder umgehend per E-Mail, sobald eine zusätzliche Sitzung beantragt wird. In diesem Fall ist die Sitzung abweichend von § 2 Absatz 2 spätestens 7 Tage vor der Sitzung anzukündigen.“
3. In § 3 Abs. 1: Ersetze Satz 4 durch „Das Protokoll wird den StuPa-Mitgliedern innerhalb von 14 Tagen nach der Sitzung zugesandt.“
4. In § 3 Abs. 3 ergänze nach Satz 2: „Der Entzug des Rederechts gilt bis zum Ende des Tagesordnungspunktes.“
5. In § 3 Abs. 3 ergänze Satz 4: „In der Regel sollen Redebeiträge eine Dauer von 5 Minuten nicht übersteigen.“
6. In § 3 ergänze Absatz 8: „Bei Störungen und Zwischenrufen kann die Sitzungsleitung einzelnen Personen nach einmaliger Verwarnung das Rederecht entziehen. Der Entzug des Rederechts gilt bis zum Ende des Tagesordnungspunktes. Wenn es zu Störungen durch Personen ohne Rederecht kommt, kann die Sitzungsleitung die Störer\*innen des Raumes verweisen, sofern diese kein Mitglied des StuPa sind. Sollte es wiederholt zu Störungen kommen, kann die Sitzungsleitung den Ausschluss aller Personen, die nicht Mitglieder des StuPa oder des RefRats sind, beschließen, sofern dies geeignet ist, den geordneten Sitzungsverlauf sicherzustellen. Der Ausschluss gilt bis zum Ende des laufenden Tagesordnungspunktes.“
7. In § 3 ergänze Absatz 9: „Während der Sitzungen des Studierendenparlaments besteht ein striktes Ton- und Bildaufnahmeverbot. Verstöße können als Störung nach Absatz 8 behandelt werden.“
8. In § 5 Abs. 1 ergänze Satz 2: „Das Studierendenparlament kann weitere Personen zu Beratungs- und Aussprachezwecken mit Rederecht ausstatten.“
9. In § 6 Abs. 2: Streiche „Antrag auf Begrenzung der Redezeit“. Ergänze „Antrag auf Begrenzung der Redezeit zu einem Tagesordnungspunkt“, ergänze „Antrag auf Begrenzung der Redezeit für die Dauer der Sitzung“, ergänze „Abstimmung im Umlaufverfahren“, ergänze „Antrag auf beratende Beteiligung weiterer Personen (§ 5 Abs. 1 S. 2)“.
10. In § 6 füge Abs. 4 ein: „Abweichungen von dieser Geschäftsordnung können im Einzelfall auf Beschluss von zwei Drittel der anwesenden StuPa-Mitglieder StuPa-Antrag – [32. StuPa-Präsidium] – [Änderung der Geschäftsordnung] – 1/16 vorgenommen werden. Geschieht dies, wird der aktuelle Tagesordnungspunkt sofort unterbrochen und die Möglichkeit zur Aussprache über den Abweichungsantrag gegeben. Diese soll 15 Minuten nicht überschreiten. Nach der Abstimmung über den Abweichungsantrag wird der unterbrochene Tagesordnungspunkt fortgesetzt.“
11. In § 8 füge Abs. 3 ein: „Auf Antrag der Antragsteller\*innen kann das Präsidiums eine Abstimmung im Umlaufverfahren beschließen. Das Umlaufverfahren kann auch als



Antrag zur Geschäftsordnung beantragt und vom StuPa beschlossen werden. Beschlüsse im Umlaufverfahren werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Abstimmungsberechtigt sind alle ordentlichen Mitglieder des Studierendenparlaments. Übersteigt die Zahl der nichtabgegebenen Stimmen, Enthaltungen und ungültigen Stimmen die Zahl der Ja- und Nein-Stimmen, gilt ein Antrag als abgelehnt. Dies gilt nicht, soweit in der Satzung der StudentInnenschaft der Humboldt-Universität oder dieser Geschäftsordnung ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist. Abstimmungen im Umlaufverfahren erfolgen immer namentlich. Der Beschluss zum Umlaufverfahren ist den Mitgliedern des StuPa per E-Mail bekannt zu geben. Das Präsidium legt den Zeitraum, in dem die Stimmen abzugeben sind, fest. Dieser umfasst mindestens 14, höchstens 31 Tage und beginnt am Tag der Bekanntgabe des Beschlusses zum Umlaufverfahren."

12. In § 11 Abs. 2 Satz 2: Ersetze „öffentlich“ durch „hochschulöffentlich“ 13. In § 12: Ersetze Absatz 1 durch " Die Änderung der Geschäftsordnung bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der Mitglieder des StuPa.", streiche Absatz 2.

2. Umsetzung des Beschlusses: Mit der Umsetzung und Veröffentlichung wird das Präsidium beantragt.

## **6. Mitteilungen und Berichte II**

### **6.1. Berichte der Referate**

#### **Referat für Lehre und Studium**

Das Referat für Lehre und Studium hat in den vergangenen Monaten einiges an Arbeit getan. Dazu gehört primär unser Tagesgeschäft mit Beratungen und Rechtsberatungen, insbesondere seit August inkludierte dies auch die Einklageberatungen. So haben wir auch dieses Jahr wieder Dutzende an Studierenden erfolgreich zu einem Studienplatz gebracht. Zudem haben wir Fachschaften beraten und sie im Thema Machtmissbrauch sensibilisiert. Dafür waren wir auch auf der FRIV.

Auch in verschiedenen Gremien waren wir aktiv, dies inkludierte unter anderem die Kommission für Lehre und Studium und die AG Qualitätsmanagement und Akkreditierung. In beiden haben wir studentische Perspektiven vertreten und uns für weniger Arbeitsbelastung und bessere Studienbedingungen eingesetzt. Auch das Thema KI hat uns in diesem Rahmen beschäftigt. Wir haben verschiedensten Gesprächen mit dem Präsidialbereich beigewohnt.

Große Themenschwerpunkte waren über den vergangenen Sommer wieder das Thema Nachteilsausgleiche, welches wir mit einer Rechtsaufsichtsbeschwerde besonderer Bedeutung verleihen wollen, sowie das Thema Machtmissbrauch. Der Bericht hierzu wird zeitnah veröffentlicht. Im Oktober waren wir Teil eines Podiums bzw. auch Gäste der Konferenz zum Thema Machtmissbrauch an der TU Berlin.

Zugearbeitet haben wir Referaten u.a. beim Thema Ordnungsrecht, Einstellungsverfahren und der Ersti-Woche. In der Ersti-Woche haben wir Stände betreut und auch die Immarede gehalten.





Seit August diesen Jahres sind wir auch stolz zu verkünden, dass das Referat für Lehre und Studium einen eigenen Berater hat, der sich in Zusammenarbeit mit den Referent\*innen eigens um die Beratung kümmern wird. Wir hoffen, dass dies die Qualität der Beratung nachhaltig verbessert und zudem mehr Kapazitäten schafft! Ihr erreicht die Beratung für Lehre und Studium sowie das Referat selbst wie gehabt unter [lust@refrat.hu-berlin.de](mailto:lust@refrat.hu-berlin.de)!

### **Referat für Hochschulpolitik**

Der Sommer startete für beide Referenten mit einem wohlverdienten und erholsamen Urlaub. Neben dem Tagesgeschäft nahm nach wie vor das sog. Ordnungsrecht den Großteil unserer Aufmerksamkeit in Anspruch. Zurückgekehrt aus der Sommerpause haben wir uns vor allem einem Projekt gewidmet: Der Erarbeitung einer Satzung über Ordnungsverfahren gem. §16 BerlHG. Gegen unsere Starken Warnungen und den heftigen Protest der LandesASTenKonferenz (LAK) und der Berliner Gewerkschaften hat sich der Berliner Senat im Einklang mit der AfD-Fraktion bedauerlicherweise entschieden, wieder ein Ordnungsrecht über die Studierenden in das Berliner Hochschulgesetz aufzunehmen. Das Ordnungsverfahren ermöglicht die politische Sanktionierung von studentischem Protest - ich verweise auf die diversen Stellungnahmen des RefRats und der LAK. Der Ablauf des Ordnungsverfahrens selbst ist im Gesetz kaum geregelt und liegt beinahe ausschließlich in der Hand der Satzungsgebenden Organe der Berliner Hochschulen. Wir haben es uns daher zur Aufgabe gemacht, einen eigenen Satzungsentwurf zu präsentieren, der die Gefahren für die politische Freiheit der Studierenden an der HU durch dieses als repressives Instrument gegen unliebsamen politischen Protest intendierten Gesetzes möglichst minimiert. Auf diese Weise setzen wir der autoritären und wissenschaftsfeindlichen Hochschulpolitik des regierenden Bürgermeisters Kai Wegner (CDU) hier vor Ort an der HU etwas entgegen. Es ist ein sehr ungewöhnlicher Vorgang, dass der erste Entwurf für eine Satzung der Universität aus der Gruppe der Studierenden hervorgeht. Wir sind stolz, weil hier deutlich wird wie engagiert unsere Studierendenschaft ist, wie nachhaltig sie für ihre Freiheit kämpft. Wir bedanken uns bei allen Reffis und Mitgliedern des StuPas, die sich an der Ausarbeitung dieses Satzungsentwurfes beteiligt haben und gehen kämpferisch und erwartungsvoll in die Verhandlung über die weitere Ausgestaltung der Satzung in einer neu eingerichteten Arbeitsgruppe des Akademischen Senats. Rund um das Ordnungsrecht haben wir auch - z.T. gemeinsam mit dem LuSt Referat - Vorträge und Workshops zum Ordnungsrecht gegeben und uns tiefgehend mit weiteren Akteur\*innen wie der Landeskonferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten der Universitäten hierzu ausgetauscht.

Darüber hinaus haben wir in enger Abstimmung mit dem Referat für Antifaschismus zu einem am rechten Rand der italienischen Lokalpolitik umtriebigen Honorarprofessor recherchiert und präsentieren euch heute unter TOP 8.7 das Ergebnis dieser Auseinandersetzung. Wer mit Faschisten paktiert und sie in Schutz nimmt, hat sich als Honorarprofessor dieser Universität disqualifiziert, Eike Schmidt muss zurücktreten! Wir bereiten gerade eine größere Veranstaltung zum Rechtsruck und wie er uns an der Uni betrifft vor, ihr dürft gespannt bleiben. Ebenfalls haben wir gemeinsam mit



QF die neue "Satzung zum Schutz vor sexueller Belästigung, sexualisierter Diskriminierung und Gewalt sowie stalking" der Universität unter die Lupe genommen und Verbesserungsvorschläge erarbeitet, die in Teilen von der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten übernommen, in Teilen im nächsten Akademischen Senat als Änderungsanträge eingebracht werden. Abschließend muss gewürdigt werden, dass Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger unserer Forderung aus dem Juni endlich nachgekommen ist und ihr Amt als Ministerin niedergelegt hat. Auf diese Weise übernimmt sie Verantwortung für einen der größten Skandale die es in ihrem Haus je gegeben hat und macht den Weg frei für gute Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft und eine echte BAföG-Reform.

In der vergangenen Woche bin auch ich von meinem Amt zurückgetreten, wie euch das StuPa Präsidium bereits mitgeteilt hat. Ich bedanke mich insbesondere bei meinem Co-Referenten Yunus für die vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit, sowie bei euch für das in mich gelegte Vertrauen. Ich bitte euch nun, mich politisch zu entlasten und meinen Co-Reffi Yunus zu meinem Nachfolger zu wählen. Ob Ordnungsrecht, Einstampfung der hart erkämpften Verbesserungen der Arbeitsbedingungen in der letzten BerLHG Novelle, ein Senat der die Unis kaputtspart oder über allem der generelle Rechtsruck, der vor unserer Universität nicht halt macht - es braucht jetzt mehr denn je ein Arbeitsfähiges Referat für Hochschulpolitik!

### **Referat für Öffentlichkeitsarbeit**

In den vergangenen Wochen hat sich das Referat mit folgenden Themen beschäftigt:

#### *Tagesgeschäft:*

- Mails beantworten
- Raumanträge bearbeiten
- Fachschaftsarbeitsbescheinigungen ausstellen
- Newsletter erstellen
- Betreuung der Social-Media-Kanäle
- Treffen mit studentischen Initiativen
- Betreuung und Abrechnung von Finanzanträgen
- regelmäßige Teilnahme an Plena

#### *Ersti-Woche:*



Bestellung von Ersti-Beutel-Inhalt  
Terminplanung und -Koordination  
Entwerfen von Flyern  
Bestellung von Drucksachen  
Packen der Ersti-Beutel  
Vorstellung des RefRats bei verschiedenen Fachschaften  
Betreuung des RefRats-Stands bei zahlreichen Infoveranstaltungen  
Schreiben und halten der Rede zur Immatrikulationsfeier

*Sonstiges:*

Gespräche mit dem VBB zum Deutschlandsemesterticket  
Verhandlungen mit nextbike  
Teilnahme an monatlichem Jour-Fix mit Unileitung  
Koordination Einstellungsverfahren Antisemitismusberatungsstelle

**Referat für Ökologie und Umweltschutz**

-unbesetzt-

**Referat für politisches Mandat und Datenschutz**

In der Zeit seit dem letzten Stupa im Juli ist trotz vorlesungsfreier Zeit auch in unserem Referat so einiges an Arbeit geschehen.

Dies war wie immer insbesondere unser Tagesgeschäft, also die datenschutzgemäße Vernichtung personenbezogener Daten und die Beratung zu Finanzanträgen.

Ein Teil von uns war darüber hinaus Teil der Ordnungsrecht-Satzungs- AG und hat das q\_f-Referat bei der Überarbeitung Satzung zu sexualisierter Gewalt und der Auswertung der Machtmissbrauch-Umfrage unterstützt .

Außerdem haben wir die Rechtsaufsichtsbeschwerden gegen uns und IfG- Anfragen an uns bearbeitet.

Auch die allgemeinen RefRat- Aufgaben zum Semesterstart, wie das Beutelpacken, haben wir unterstützt.

**Referat für Soziales**

- Aufräumen der Büroräume zur Vorbereitung und Durchführung der Angebote zur Ersti-Woche



- Inventur der Info-Materialien
- Erstellung von Materialien für der Ersti-Woche
  - Notizbuch
  - Info-Flyer
- Planung des Ablaufs der Ersti-Woche
  - Anwesenheit bei Fachschaften und Ständen; Präsentationen und Ausgabe von Info-Materialien
- Betreuung von Finanzanträgen und Unterstützung bei der Abrechnung
- Betreuung von Raumanträgen und Unterstützung bei der Planung von Raumbedarfen
- Betreuung der Ausschreibung der Beratung für Studierende mit chronischen Erkrankungen und/der Behinderungen
  - Betreuung des weiteren Einstellungsverfahrens (Termin-Koordination)
- Teilnahme am Jour Fixe mit dem Präsidium
- Vernetzungsversuche mit der Antidiskriminierungsperson vom TU AstA
- Nothilfeanträge prüfen
- Zuarbeit IfG-Anfrage

### **Referat für Antifaschismus**

Das Referat für Antifaschismus war unter anderem an der Recherche und Ausarbeitung des Antrags zum Honorarprofessor der Kunst- und Bildgeschichte Eike Schmidt und seinen Nebentätigkeiten beteiligt. Hierbei lag ein zusätzliches Augenmerk auf dem Austausch mit u.a. der Fachschaft des Fachbereichs. Ein weiterer wichtiger Teil unserer Arbeit war die Dokumentation verstärkter aufgetretener rechter Schmierereien v.a. auf verschiedenen Toiletten auf dem Campus. Hierzu waren wir in mehreren Gesprächen mit u.a. dem Präsidium, Sicherheitsdienst sowie Mitarbeitenden des Studierendenwerks beteiligt. Zur Zeit werden auf der Grundlage unserer Tätigkeit weiterhin Inhalte erarbeitet, welche diese beunruhigende Serie an Vorfällen bekannt machen, einordnen und stärkere Awareness sowie antifaschistischen Aktivismus unter den Studierenden fördern sollen. Außerdem wurden auch weiterhin öffentliche Treffen der Vernetzung Studis gegen Rechts besucht und begleitet, Finanzanträge betreut und andere Prozesse im Refrat unterstützt. Auch nach dem persönlichen Ausscheiden stehen wir weiterhin für die Einarbeitung unserer Nachfolger\*innen sowie die externe Hilfe beim Abschluss von uns gestarteter Projekte zur Verfügung

### **Referat für Queerfeminismus**

Seit dem letzten erfolgten Bericht hat das queer\_fem-Referat zu folgenden Themen gearbeitet:



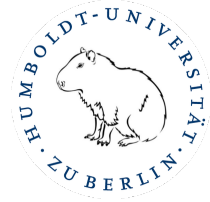
- Betreuung des Studentischen Sozialberatungssystems, Durchführung von Bewerbungsgesprächen für die Antidiskriminierungsberatung, Einstellung zweier neuer beratender Personen, Einarbeitung, Erarbeitung von Standards zur Personalbetreuung im RefRat
- gemeinsam mit dem StudWV: Erarbeitung eines Vorschlags zur Listenquotierung für die neue Stupa-Wahlordnung
- Machtmissbrauch: Umfrageauswertung
- Beratung, u.a. zu Zeugnissen auf selbstgewählte Namen
- Satzung sexualisierte Gewalt (AS-Antrag der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten): Vorbereitung AS-Sitzung, Gespräch mit FGB-Büro, Vorbereitung Änderungsanträge
- nach wie vor Gespräche mit Frauen- und Gleichstellungsbüro zu kostenlosen Menstruationsprodukten
- Planung Vollversammlung, Einarbeitung neuer Reffi
- Abrechnung von Finanzanträgen, Vernetzung, Vorbereitung der Übergabe des Referats
- RefRat-intern: Vorbereitung Erstiwoche & Beutelpacken, Prozessbeobachtung rund um Besetzungen an Unis

### **Referat für LGBTI\***

- Vorbereitung Vollversammlung: Die LGBTI Vollversammlung findet in der ersten Dezemberwoche statt. Hierfür bereiten wir alles vor, damit neue Referent\*innen gewählt werden können.
- Bundesvernetzungstreffen der queerpolitischen Hochschulgruppen und -referate: Wir werden wieder dort vertreten sein und planen derzeit, welchen thematischen Input wir bei dem Treffen geben können
- Vortrag bei der Reihe "Lunchtalk" der International Scholar Services
- Buchlesung: Gemeinsam mit einem Autor haben wir eine queere Buchlesung veranstaltet
- Derzeit planen wir noch weitere Veranstaltungen und arbeiten das Tagesgeschäft ab

### **Referat für Publikation**

- es liegt kein Bericht vor-



### **Referat für Finanzen**

-es liegt kein Bericht vor-

### **Referat für Studierende mit Kind**

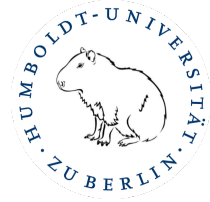
-es liegt kein Bericht vor-

### **Referat für Antirassismus**

- Unterstützung bei rassistischen Vorfällen: Hilfestellung und Begleitung in aufsuchenden Fällen von Rassismus.
- Kontakte zu migrantischen Studierenden: Pflege und Ausbau von Netzwerken zur Förderung von Diversität.
- Vernetzungstreffen: Zusammenarbeit mit institutionellen Akteuren der Humboldt-Universität, die im Bereich Diversität und Chancengleichheit tätig sind.
  
- Kooperation mit geflüchteten Gruppen: Unterstützung und Austausch zur besseren Integration und Vernetzung.
- Finanzielle Förderung: Bereitstellung von Geldern zur Unterstützung von antirassistischen und diversitätsfördernden Projekten.
- Beratungsangebot eingestellt: Temporäre Einstellung des Beratungsangebots (Begründung ggf. angeben).
- Veranstaltung im Sommer: Durchführung einer Veranstaltung zum Thema „Rassismus“, die zur Sensibilisierung und Information über das Thema beigetragen hat.

### **Referat für Internationales**

- Vernetzung mit peruanischen Studentinnen
  - Besuch aus Peru am 12.07
  - Cultural Dinner
- Ersti-Veranstaltungen
  - Generelle Beteiligung und Hilfe
  - Veranstaltung für die internationalen Studierenden (9.10.)
    - Sehr viele interessierte Studierende; Infomaterial kam gut an (Bedarf englischer Infomaterialien)
- Kontaktaufbau mit Circle U
- Besuch der TNB-Tagung des DAAD
- Organisation von internationalen „get-together Treffen“ mit dem Referat für Antirassismus (4.11.)
- Austausch mit internationalen Universitäten
  - Planung einer Reise des RefRats (voraussichtlich Anfang nächsten Jahres)
  - Kontakt mit Universität aus Oslo



- Arbeit an einem symbolischen Sitz für internationale Studierende; Austausch mit amobooks
- Treffen mit ESU zur Vernetzung auf europäischer Ebene
- Betreuung Finanzanträge
- Gebetsraum

### **Referat für Fachschaftscoordination**

- Einarbeitung
- Aufarbeitung und Beantwortung von Mails des letzten halben Jahres
- Ausstellung von Bescheinigungen
- Aktualisieren veralteter Infoblätter und Vorlagen
- Überarbeitung Website / Moodle
- geplanter Besuch von Fachschaften
- Betreuung Fachschaftsneugründungen
- Planung unserer ersten FRIV (30.10.24) und Nachbereitung dieser
- Vorbereitung nächster FRIVs (Termine bis Ende des Semesters stehen)
- Idee wieder Themen FRIVs zumachen
  - dazu Themenfindung

### **Referat für Kultur**

Das Referat für Kultur hat seit der Sitzung am 10. Juli 2024 u.a. an der Ausarbeitung und Organisation von Veranstaltungen für das kommende bzw. nun laufende Wintersemester 2024-25 gearbeitet. Zu nennen sind da z.B. die zwei kommenden Veranstaltungen am 14. und am 25. November (siehe Werberplakate). Auch die Vor- und Zuarbeit, inklusive kleinerer Finanzanträge und Technikverleih im Referent\*innenRat, für weitere studentische Projekte wurde gemacht.

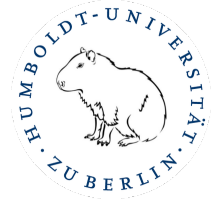
Das Referat für Kultur hat sich vor allem kulturell hochschulpolitisch weiter vernetzt und Veranstaltungen von und mit Studierenden besucht, an Vollversammlungen teilgenommen und zuletzt auch an einer kleinen, jedoch bewegenden Gedenkveranstaltung zusammen mit dem Teilen Präsidium der Universität, des Präsidiums des Studierendenparlaments und des weiteren Referent\*innenRats teilgenommen, bei der wir die Stolpersteine vor dem Hauptgebäude der Universität geputzt und der Opfer gedacht haben.

Gemeinsam mit weiteren Referaten wurden Willkommens- und Orientierungsevents für "Ersties" veranstaltet und die der Fachschaften supportet.

Selbstverständlich hat sich das Referat für Kultur auch regelmäßig im hochschulpolitischen Alltag des Referent\*innenrats beteiligt, an Plena teilgenommen, weitere

Finanz- und (Ton-)Technikanträge betreut und Studierende beraten,  
sowie an Berufungskommissionen

Insgesamt wurde das vorher lange Zeit vakante Referat wiederbelebt  
und freut sich über baldigen Zuwachs.



## **Diskussion und Fragen**

FinRef Rücktritt wird zur Kenntnis genommen. StuPa-Präsidium wurde nicht davor informiert.

Fragen/Redebeiträge Rücktritt FinRef

**Eske (OeffRef):** RefRat hat es zu Kenntnis genommen und wird sich morgen damit beschäftigen.

**Ludger (Jusos)** sagt, dass hier kein sicherer Ort mehr für jüdische Personen sei, was aus dem Bericht hervorgehe. Ludger fragt wieso dem FinRef das Verfahren für die Antisemitismus-Stelle entzogen wurde.

**Thekla (Jusos)** stimmt zu und sagt, das habe sich schon in den letzten StuPa-Beschlüssen gezeigt. Thekla bemängelt die fehlende Solidarität mit Israel und kritisiert, der RefRat vertrete jüdische Studierende nicht gut genug. Thekla äußert eine Solidaritätsbekundung mit studentischer Selbstverwaltung, aber nicht mit der aktuellen Besetzung des RefRats.

**Eske (ÖffRef)** antwortet, dass die Einstellungsgespräche nicht abgesagt wurden, sondern lediglich verschoben. Der Antrag für die Antisemitismus-Stelle wurde vom FinRef ins StuPa eingebracht, obwohl der RefRat davor schon auf einem Plenum zustimmte. Daraus ging mutmaßlich die Ansicht des FinRefs hervor, dass sie damit betraut sind. Der restliche RefRat hat keine Informationen über das Einstellungsverfahren bekommen, was von gängiger Praxis abweicht. Jetzt ist das ganze Plenum an dem Einstellungsprozess beteiligt. Jüdische Gruppen wurden angeschrieben, um Teil des Bewerbungsverfahrens zu sein und Wünsche für die Beratungsstelle zu kommunizieren. So wird sichergestellt, dass jüdische Personen der Stelle vertrauen.

**Bengt (LiLi)** war Beobachter als Mitglied des Konzils bei der ISW-Besetzung. Niemand der dort anwesenden Referent\*innen war an der Besetzung beteiligt. Die Behauptung des FinRefs ist also falsch.

## **6.2. Weitere Berichte**

Keine

## **7. Wahlen und Bestätigungen II**

Wahlausschuss bleibt der gleiche:

**Ali (LiLi), Hanna (Grünboldt), Lars (LiLi), Luca (OLKS)**

### **7.1. Referat für Finanzen (Wahl)**

Keine Kandidatur





## **7.2. Referat für Lehre und Studium (Wahl)**

**Kandidaturen:** **Emily (Haupt)** und **Ray (Co)**, die Kandidat\*innen stellen sich vor.

**Fragen:**

keine

**Wahl:**

Abgegebene Stimmen: 42, ungültig: 0

**Emily:** 36/6/0 → gewählt

**Ray:** 37/5/0 → gewählt

**Beide nehmen die Wahl an.**

## **7.3. Referat für Soziales (Wahl)**

Keine Kandidatur

## **7.4. Referat für Hochschulpolitik (Wahl)**

**Kandidatur:** **Yunus (Haupt)**, Kandidat\*in stellen sich vor.

**Fragen:**

keine

**Wahl:**

Abgegebene Stimmen: 36, ungültig: 0

**Yunus:** 34/0/2 → gewählt

**Yunus nimmt die Wahl an.**

## **7.5. Referat für Ökologie und Umweltschutz (Wahl)**

Keine Kandidatur

## **7.6. Referat für Politisches Mandat und Datenschutz (Wahl)**

**Kandidatur:** **Lukas (Haupt)** und **Rieke (Co)**, die Kandidat\*innen stellen sich vor.

**Fragen:**

**Susi (PM-Ref)** empfiehlt, beide Kandidat\*innen zu wählen.

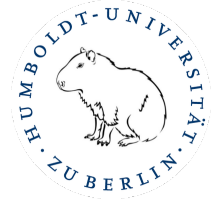
**Wahl:**

Abgegebene Stimmen: 35, ungültig: 0

**Lukas:** 34/0/1 → gewählt

**Rieke:** 34/1/0 → gewählt

**Lukas nimmt die Wahl an. Rieke wird aufgrund Abwesenheit nach Wahlannahme gefragt.**



**[Anm. Protokoll: Rieke hat nach der Sitzung die Wahlannahme schriftlich erklärt.]**

### **7.7. Referat für Kultur (Wahl)**

**Kandidatur: Sophia (Co)**, Kandidat\*in stellt sich vor.

**Fragen:**

**Æri (Kultur)** empfiehlt, Sophia zu wählen.

**Wahl:**

Abgegebene Stimmen: 35, ungültig: 0

**Sophia:** 34/0/1 → gewählt

**Sophia nimmt die Wahl an.**

### **7.8. Referat für Antifaschismus (Wahl)**

Keine Kandidatur

### **7.9. Referat für queer\_feminismus (Bestätigung)**

**Kandidatur: Elo (Haupt)**, Kandidat\*in stellt sich vor.

**Abstimmung:** (34/0/0) → bestätigt

**Elo nimmt die Bestätigung an.**

### **7.10. Referat für Studierende mit Kind(ern) (Bestätigung)**

Kandidatur: **Cristin (Haupt)**

**Abstimmung:** (34/0/1) → bestätigt

**Cristin nimmt die Bestätigung an.**

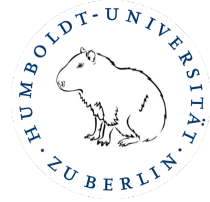
*Pause von 20 Minuten*

### **7.11. Sprecher\*in des RefRats (Wahl)**

**Kandidatur: Eske (ÖffRef)**, Kandidat\*innen stellen sich vor.

**Wahl:**

Abgegebene Stimmen: 32, ungültig: 1



**Eske:** 29/2/0 → gewählt

**Eske nimmt die Wahl an.**

## **8. Anträge**

### **8.1. SP-32/01 2. [Nachtragshaushalt 2024](#) (Finanzen)**

Antrag wird vorgestellt durch **Eske (ÖffRef)**

#### **Fragen/Diskussion:**

keine

Abstimmung: **32/0/0 → angenommen**

#### Beschlusstext:

Das Studierendenparlament hat beschlossen: Der 2. Nachtragshaushaltsplan 2024 wird in der vorliegenden Fassung mit Gesamteinnahmen in Höhe von 25.385.300,00 EUR und Gesamtausgaben in Höhe von 25.385.300,00 EUR festgestellt. Ferner wird der Stellenplan in der vorliegenden Fassung festgestellt.

### **8.2. SP-32/04 [Haushalt 2025](#) (Finanzen)**

Antrag wird vorgestellt durch **Eske (ÖffRef)**

#### **Fragen/Diskussion:**

keine

Abstimmung: **33/0/0 → angenommen**

#### Beschlusstext:

Das Studierendenparlament hat beschlossen:

1. Der Haushaltsplan der Studierendenschaft 2025 wird mit Einnahmen in Kapitel 33333 in Höhe von 1.165.800,00 Euro, Einnahmen in Kapitel 34444 in Höhe von 24.023.500,00 Euro, Ausgaben in Kapitel 33333 in Höhe von 1.165.800,00 Euro, Ausgaben in Kapitel 34444 in Höhe von 24.023.500,00 Euro sowie der Stellenpläne in Kapitel 33333 und 34444 festgestellt.

2. Das Finanzreferat wird beauftragt, die Genehmigung des Haushaltsplans 2025 gem. § 20 Abs. 1 S. 4 BerlHG bei dem Präsidium der HU Berlin zu beantragen

### **8.3. SP-32/05 [Aussetzung des SozFonds-Beitrags](#) (Finanzen)**

Antrag wird vorgestellt durch **Eske (ÖffRef)**



### **Fragen/Diskussion:**

keine

Abstimmung: **33/0/0 → angenommen**

### Beschlusstext:

Das Studierendenparlament hat beschlossen:

1. Die Satzung nach § 18a Abs. 5 (folgend Sozialfonds-Satzung) wird geändert und in § 1 Abs. 1 (a) wird durch den folgenden Absatz in Gänze ersetzt: (1a) Die Erhebung des Beitrags nach Abs. 1 S. 2 wird im Sommersemester 2025 sowie im Wintersemester 2025/2026 ausgesetzt. Nach Ablauf des Wintersemesters 2025/2026 wird die Erhebung des Beitrags nach dieser Satzung fortgesetzt.
2. Mit der Umsetzung wird das Referat für Finanzen betraut.

### **8.4. SP-32/06 [Nextbike](#) (RefRat)**

Antrag wird vorgestellt durch **Eske (ÖffRef)**

### **Fragen/Diskussion:**

**Bengt (LiLi)** äußert Bedenken zur Monopolisierung öffentlicher Güter und kritisiert das Unternehmen nextbike, hebt aber die Vorteile hervor.

**Vincenz (ewig & 3 Tage)** fragt ob die Statistiken von nextbike glaubwürdig sind und äußert Kritikpunkte/ spricht Probleme an

**Lars (LiLi)** sagt dass die Option gut ist, stimmt aber auch der Kritik zu. Weist darauf hin dass noch bessere Preise verhandelt werden könnten.

**Aeri (LiLi)** spricht an dass das nextbikes auch Barrieren abbauen können

**Eske (Grünboldt)** geht auf Kritikpunkte ein. Sieht Probleme und klärt offene Fragen. Keine Kapazitäten noch mehr zu verhandeln und betont dass das Angebot sehr gut ankommt

*Go-Antrag **Lars (LiLi)** auf sofortige Abstimmung*

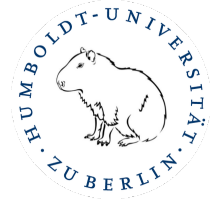
*Gegenrede Vincenz (**ewig & 3 Tage**) formell*

*Abstimmung: viele/1/1 → **angenommen***

Abstimmung: **32/1/0 → angenommen**

### Beschlusstext:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin hat beschlossen:



1. Die Studierendenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin spricht sich für eine Weiterführung der Kooperation mit der nextbike GmbH zu geänderten Konditionen (siehe IV.) für den Zeitraum vom 01.12.2024 bis zum 31.03.2025 aus.

2. Es beauftragt den Referent\*innenRat, eine Verlängerung der Kooperation mit der nextbike GmbH zu einem Preis von 34.933,33 € zu veränderten Konditionen abzuschließen.

#### **8.5. SP-32/07 Änderung der Stud-WO (StudWV)**

Antrag wird vorgestellt durch **Lukas (Ref. Politisches Mandat & Datenschutz)**

#### **Fragen/Diskussion:**

keine

Abstimmung: **26/0/2 → angenommen**

#### Beschlusstext:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin hat beschlossen:

1. Die Wahlordnung der Studierendenschaft wird entsprechend dem beigefügten Beschlussentwurf geändert.
2. Das Präsidium des Studierendenparlaments wird beauftragt nach Einholung der Bestätigung durch das Präsidium der Humboldt-Universität zu Berlin die Änderungen im Amtlichen Mitteilungsblatt der Universität bekannt zu machen.

#### **8.6. SP-32/08 Anerkennung als Initiative: Refugee Law Clinic**

Antrag wird vorgestellt durch **Susi (LiLi)**

#### **Fragen/Diskussion:**

Keine

Abstimmung: **viele/0/0 → angenommen**

#### Beschlusstext:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin hat beschlossen:

1. Die Refugee Law Clinic Berlin e.V. wird als studentische Initiative anerkannt.
2. Die Refugee Law Clinic Berlin e.V. wird als studentische Initiative auf der Website gelistet.



## 8.7. **SP-32/09 Missbilligung und Aufforderung zum Rücktritt eines Honorarprofessors (HoPo, Antifa, LGBTI)**

Antrag wird vorgestellt durch **Luka (HoPo)** und **Janosch (Antifa)**

### **Fragen/Diskussion:**

Keine

Abstimmung: **viele/0/0 → angenommen**

### Beschlusstext:

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität hat beschlossen:

Das Studierendenparlament missbilligt Herrn Hon.-Prof. Eike Schmidts Kandidatur für ein Bündnis mit Beteiligung von rechtsextremistischen und als „neo“-faschistisch eingeordneten Parteien und Gruppierungen bei der vergangene Bürgermeister\*innenwahl in Florenz sowie zahlreiche erschütternde Ereignisse und Äußerungen in diesem Zusammenhang.

Nicht nur beziehen sich Parteien aus der Wahlallianz positiv auf den historischen italienischen Faschismus, Schmidts enge Verbündete sind zum Teil ehemaliger Mitglieder rechtsextremer Gruppierungen wie CasaPound, sehen sich in der Nachfolge von Mussolinis Miliz bekannt als ‚Schwarzhemden‘ oder riefen sog zur ethnischen Säuberung der Stadt Florenz auf. Schmidt hat sich mit waschechten Faschist\*innen, gefährlichen Menschenfeinden und gewaltbereite Rassisten an den Tisch gesetzt, ihre Positionen und Handlungen verharmlost, sie wiederholt in Schutz genommen und zu demokratische Bündnispartner\*innen erklärt.

Dies steht nicht nur im scharfen Kontrast zu den Werten der Humboldt Universität und ihrer Studierendenschaft, sondern trägt in besonderem Maße zur Normalisierung menschenverachtender und demokratiefeindlicher Positionen sowie dem Aufstieg des europäischen Faschismus des 21. Jahrhunderts bei.

Das Studierendenparlament bekräftigt die historische Verantwortung der Humboldt-Universität und ihrer Studierendenschaft im Kampf gegen den Faschismus. Die Plünderung des Instituts für Sexualwissenschaft und Vertreibung seines Leiters Magnus Hirschfeld, die Beteiligung der Universität der Ausarbeitung des ‚Generallplan Ost‘ - und allem voran die grausamen Ereignisse des 10. Mai 1933, dem unsere Kommiliton\*innen sich auf dem Bebelplatz versammelten, um Bücher und Schriften jüdischer Autor\*innen und politischer Gegner\*innen den Flammen zu opfern - diese Ereignisse sind uns Mahnung und Handlungsaufforderung zugleich. Sie machen unmissverständlich klar: Der Aufstieg des Faschismus ist eine Entwicklung, die unserer Universität nicht einfach vorbeizieht, sie tangiert uns zwangsläufig. Es ist unsere Pflicht und historische Verantwortung, uns ihm entgegenzustellen und Entgleisungen nicht tatenlos hinzunehmen.

Die Verfassung der Humboldt-Universität schreibt das Ziel fest, sich im Bewusstsein ihrer Verantwortung gegenüber der Gesellschaft mit der Rolle ihrer Arbeit insbesondere für die Erhaltung des Friedens, der natürliche Lebensgrundlage und für eine diskriminierungsfreie, nachhaltige Entwicklung alle Menschen auseinanderzusetzen. Der Grundsatz „Niemand darf in der Humboldt-Universität zu Berlin oder beim Zugang zu ihren Leistungen wegen des Geschlechts, des Alters, der ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung, wegen einer Behinderung oder chronischen Erkrankung, aufgrund der sozialen Lage oder Herkunft, aus politischen,



religiösen, weltanschaulichen, rassistischen oder anderen Gründen, die den genannten gleichstehen, diskriminiert werden“ (§1 Abs. 3 VerfHU) muss auch über den Wirkungskreis der Humboldt-Universität hinaus über eine selbstverständliche Allgemeingültigkeit verfügen.

Durch diese Grenzüberschreitung hat Herr Hon.-Prof. Schmidt sich als Würdenträger und Aushängeschild der Universität disqualifiziert, eine Rückkehr in die Lehre im Beginnenden Wintersemester verbietet sich. Das Studierendenparlament fordert Herrn Hon.-Prof. Eike Schmidt zum sofortigen Rücktritt von seiner Honorarprofessur auf.

**~~8.8. SP-31/79 Endlich umsetzen: Eichhörnchen (Grünboldt, Linke-Liste)~~**

**[zurückgezogen]**

## **9. Sonstiges**

**Ende der Sitzung: 11.11.24 22:07 Uhr  
Für die Richtigkeit: Das Präsidium**